

Seit Jürgen Kocka die DDR-Forschung zum Auslaufmodell erklärt hat, überschlagen sich ihre Nothelfer schier mit Vorschlägen, wie Remedur zu schaffen sei: Weg von einer staatlich-nationalen Betrachtungsweise, hin zu einer Einbettung der DDR-Geschichte in transnationale, europäische und globale Bezüge, so lautet der vorgeschlagene Paradigmenwechsel. Die Verfasser des Aufsatzes, sämtlich Mitarbeiter der Berliner DDR-Forschungsabteilung des Instituts für Zeitgeschichte, plädieren dafür, die Kirche im Dorf zu lassen. Gerade zur Untersuchung der DDR biete ein – methodisch offener – politikgeschichtlicher Zugriff nach wie vor die besten Erkenntnischancen.

Henrik Bispinck, Dierk Hoffmann, Michael Schwartz,
Peter Skyba, Matthias Uhl und Hermann Wentker

Die Zukunft der DDR-Geschichte

Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung

Einleitung

Vor 15 Jahren ist die DDR untergegangen. Seit 15 Jahren widmet sich die deutsche Historiographie der Geschichte des ostdeutschen Teilstaates mit einer Intensität, die nur durch die NS-Forschung übertroffen wird. Doch seit der Bilanz Jürgen Kockas vom August 2003, derzufolge die Geschichte der DDR als weitgehend erforscht gelten könne und im übrigen zu sehr im eigenen Saft schmore¹, wird sie zunehmend in Frage gestellt. Die Meinungen darüber, inwieweit die DDR-Forschung ihre Aufgaben im wesentlichen schon erledigt hat oder ob hier noch einiges zu tun bleibt, gehen weit auseinander². Auf der einen Seite werden zahlreiche Desiderata konstatiert, auf der anderen steht die bange Frage, ob die DDR-Forschung ein „Auslaufmodell“ sei³. Dies nicht zuletzt – so der Vorwurf von Konrad Jarausch –, weil sie den Anschluß an die aktuellen Trends der Zeitgeschichtsforschung verloren habe, ja sogar zur „Provinz der Zeitgeschichte“ verkommen sei und Gefahr laufe, zur Bedeutungslosigkeit herabzusinken. Berechtigung und wissenschaftlicher Ertrag einer Forschung, die sich allein am Gegenstand DDR abarbeitet, werden aus dieser Sicht zunehmend angezweifelt. Bleibende Relevanz

¹ Vgl. Jürgen Kocka, Der Blick über den Tellerrand fehlt, in: Frankfurter Rundschau vom 22. 8. 2003; ähnlich ders., Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: Deutschland Archiv (künftig: DA) 36 (2003), S. 764–769.

² Vgl. ebenda; Henrik Bispinck/Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Peter Skyba/Matthias Uhl/Hermann Wentker, Ist die DDR-Forschung wirklich in der Krise? Defizite und Zukunftschancen, in: Frankfurter Rundschau vom 30. 9. 2003; ähnlich dies., DDR-Forschung in der Krise? Defizite und Zukunftschancen – Eine Entgegnung auf Jürgen Kocka, in: DA 36 (2003), S. 1021–1026.

³ Vgl. Ulrich Mähler/Manfred Wilke, Die DDR-Forschung – ein Auslaufmodell? Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989, in: DA 37 (2004), S. 465–474.

könne DDR-Forschung nur dann erreichen, wenn sie ihren Gegenstand in eine „breitere Nachkriegsgeschichte“ einbette und die vielfältigen Beziehungsebenen deutscher Geschichte nach 1945 ebenso integriere wie die unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen in Ost und West⁴. Als Königsweg wird immer mehr die Integration in noch größere Einheiten propagiert: Die DDR soll also im Kontext von Europäisierung und Globalisierung und unter der Frage nach transnationalen Beziehungen thematisiert werden⁵.

Nun wäre es blauäugig zu behaupten, die DDR-Forschung befände sich rundum in Bestform. Wie anderswo gibt es auch hier viel Licht, aber eben auch Schatten⁶. So ist es nicht gerade ein Ausweis großer Lebendigkeit, daß die von Kocka angestoßene öffentliche Debatte nach wenigen Positionsmeldungen wieder einschließt⁷. Offenkundig findet zeitgeschichtlicher Meinungsstreit vor allem außerhalb der DDR-Forschung statt. Dennoch stellt sich die Frage, ob die Krisendiagnose neben sachlichen nicht auch andere Hintergründe hat. In Zeiten knapper Forschungsetats weckt die immer noch vergleichsweise gut ausgestattete DDR-Forschung Begehrlichkeiten, obwohl auch hier Fördersummen und Zahl der Projekte deutlich rückläufig sind⁸. Eine Normalisierung ist absehbar, zumal die Geschichte der DDR den Reiz des Neuen zu verlieren scheint. Die Geschwindigkeit dieses Schrumpfungsprozesses wird wesentlich davon abhängen, inwieweit die Forschung als Teil der „Aufarbeitung“ der Diktaturen des 20. Jahrhunderts politische und öffentliche Relevanz behaupten und damit Förderung erwarten kann.

Öffentliche Erwartungen an die DDR-Forschung sind somit immer gegeben, zugleich aber nicht ungefährlich. Das Feuilleton kritisiert zuweilen die DDR-Historiographie sogar als „Forschungsunwesen“, das „industrielle Maßstäbe“ erreicht habe und bei dem „wissenschaftlicher und politischer Verwertungsprozess“ ineinander greife⁹. Gerade letzterer Vorwurf ist nicht völlig von der Hand zu weisen, sind doch Kontroversen um die DDR-Geschichte – ähnlich wie die zum Nationalsozialismus – oftmals geschichtspolitisch aufgeladen. Nichts zeigte dies deutlicher als der 50. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953, aus dessen Anlaß unzählige

⁴ Konrad H. Jarausch, Die Zukunft der ostdeutschen Vergangenheit – Was wird aus der DDR-Geschichte?, in: Jens Hüttmann/Ulrich Mähler/Peer Pasternack (Hrsg.), *DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen in Unterricht, Hochschullehre und politischer Bildung*, Berlin 2004, S. 81–99, hier S. 82 u. S. 96.

⁵ Vgl. z. B. Thomas Lindenberger/Martin Sabrow, Das Findelkind der Zeitgeschichte. Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: *Frankfurter Rundschau* vom 12. 11. 2003; dies., Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: *DA* 37 (2004), S. 123–127.

⁶ Vgl. den besten Überblick in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mähler (Hrsg.), *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, Paderborn u. a. 2003.

⁷ Vgl. Kocka, Blick über den Tellerrand; Bispinck u. a., *DDR-Forschung*; Lindenberger/Sabrow, *Findelkind*, Mähler/Wilke, *DDR-Forschung*.

⁸ Vgl. Ulrich Mähler (Hrsg.), *Vademecum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten*, Berlin 2002; Jarausch, *Zukunft*, in: Hüttmann/Mähler/Pasternack (Hrsg.), *DDR-Geschichte vermitteln*, S. 82.

⁹ Frank Ebbinghaus, Lasset uns beten, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14. 9. 2004.

wissenschaftliche Tagungen, Veröffentlichungen¹⁰, öffentliche Gedenkveranstaltungen sowie Fernsehdokumentationen und -filme geradezu in einem „medialen Overkill“¹¹ kulminierten. Dies ging einher mit dem Versuch einiger DDR-Forscher, den Volksaufstand in den Rang einer Revolution zu heben und ihn in einem Atemzug mit denen von 1848, 1918 und 1989, mitunter gar mit der von 1789 zu nennen¹². Derartige Vergleiche speisen sich weniger aus einem Interesse an innovativer historischer Komparatistik als vielmehr aus dem Bestreben, den 17. Juni zu einem nationalen Gedenktag aufzuwerten, ja mehr noch: ihn als positive (ost-)deutsche Gründungslegende der neuen Bundesrepublik zu etablieren, die Auschwitz – der „Gründungslegende ex negativo der [alten] Bundesrepublik“ – zur Seite gestellt werden soll¹³.

In diesen erinnerungskulturellen Debatten sind die Konfrontationslinien zwischen Ost und Ost oftmals schärfer als die zwischen Ost und West¹⁴. Auf der einen Seite stehen Verfolgte der SED-Diktatur, die den Charakter der DDR als „Unrechtsstaat“ herausstellen und ihre eigene Opferrolle sowie ihre Beteiligung an Opposition und Widerstand gewürdigt sehen wollen¹⁵. Auf der anderen Seite stehen Repräsentanten des Regimes, die dem ihrer Ansicht nach dominierenden falschen oder zumindest verzerrten Bild von der DDR ihre eigene Sicht entgegensetzen. Zwischen diesen beiden Polen bewegen sich diejenigen ehemaligen DDR-Bürger, die – obwohl sie das politische System des ostdeutschen Teilstaats nicht unbedingt bejaht haben – dessen bisherige Erforschung als unzureichend empfinden, weil sie „die Nahbereiche des eigenen Lebens in den Produkten der Geschichtswissenschaft nicht hinreichend wiedererkennen“¹⁶. Seinen Ausdruck findet dieses Empfinden etwa in der boomenden Erinnerungsliteratur über das Alltagsleben in der DDR, die darauf abzielt, ein Wir-Gefühl anzusprechen bzw. zu konstruieren¹⁷. Solche Formen der Selbstvergewisserung von „Erinnerungsgemeinschaften“ (Hockerts) existieren

¹⁰ Siehe die Überblicke bei Henrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans-Hermann Hertle/Hermann Wentker, Krisen und Aufstände im realen Sozialismus. Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, S. 9–22, hier S. 11–13; Bernd Eisenfeld/Ilko-Sascha Kowalczyk/Ehrhart Neubert, Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004, S. 717–740.

¹¹ Marc-Dietrich Ohse, Rückblicke, Aussichten. Erinnerungskultur und deutsche Befindlichkeit, in: DA 36 (2003), S. 924–928, hier S. 925.

¹² So etwa Eisenfeld/Kowalczyk/Neubert, Verdrängte Revolution, S. 808–820.

¹³ Ebenda, S. 817 f., unter Bezugnahme auf ein Zitat von Rainer Eckert.

¹⁴ Daß „die Auseinandersetzungen über die DDR-Verhältnisse zwischen Ost und Ost“ „härter“ sind, als die zwischen Ost und West, hat jüngst zu Recht auch der Theologe Richard Schröder festgestellt. Vgl. Richard Schröder, Nachdenken über die DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. 8. 2004, S. 6.

¹⁵ Vgl. z. B. Peter Eisenfeld, „... rausschmeißen ...“. Zwanzig Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, Bremen 2002; Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997.

¹⁶ Hans Günter Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Konrad Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a. M. 2002, S. 39–74, hier S. 50.

¹⁷ Vgl. z. B. Jana Hensel, Zonenkinder, Reinbek 2002; Claudia Rusch, Meine Freie Deutsche Jugend, Frankfurt a. M. 2003; Jakob Hein, Mein erstes T-Shirt, München 2001.

weitgehend unabhängig von der zeithistorischen Forschung und können durch diese auch nicht ersetzt werden. Auch deshalb sollte sich die Geschichtswissenschaft davor hüten, ihre Herangehensweise, wie jüngst postuliert, danach auszurichten, inwieweit sich Erinnerungen von Ostdeutschen darin spiegeln¹⁸.

Vor diesem Hintergrund öffentlicher Interessen gewinnt der Kampf um die Meinungsführerschaft in der DDR-Forschung besondere Schärfe. Wer sich hier durchsetzen kann, erhöht seine Chance, auch künftig an knappe Ressourcen zu gelangen. Bauschen einige hier nicht etwas zur Krise auf, um sich gleichzeitig als die Retter der DDR-Forschung präsentieren zu können? Die Rezepturen jedenfalls, die zur Behebung echter oder vermeintlicher Gebrechen der DDR-Forschung angeboten werden, sind keineswegs unumstritten. Der vorgeschlagene Paradigmenwechsel weg vom Staatlich-Nationalen hin zum Transnationalen, zur europäischen oder globalen Perspektive ist keine etablierte und allgemein akzeptierte Herangehensweise der Zeitgeschichte, der sich die DDR-Forschung lediglich anzupassen hätte. Vielmehr ist dieser Paradigmenwechsel Ausdruck einer allgemeinen Suchbewegung: Das, womit einige deutsche Zeithistoriker den verloren geglaubten Anschluß an internationale Standards wiedergewinnen wollen, resultiert letztlich aus der Verunsicherung durch 1989, als die plötzliche Wiederkehr des Politischen und des Nationalen sicher geglaubte Gewißheiten zusammenbrechen ließ. Die dahinter stehende Befürchtung, gesellschaftliche und politische Trends zu verpassen und damit an öffentlicher Bedeutung zu verlieren, ist letztlich ein Symptom der „vorherrschenden Orientierungslosigkeit“, die dadurch stimuliert wird, „daß in den Geschichtswissenschaften eine Mode die andere jagt“¹⁹.

Im Fall der DDR dürfte die Forderung, die vermeintlich veralteten Kategorien Staat und Nation über Bord zu werfen²⁰, eher das Gegenteil dessen bewirken, was damit bezweckt werden soll – nämlich den Relevanzverlust der DDR-Geschichte innerhalb der Zeitgeschichte. Denn die Nation und der Staat – in unserem Fall die doppelte Staatlichkeit – bildeten trotz Überwölbungen durch die Strukturen der Blöcke oder durch säkulare Prozesse auch nach 1945 wesentliche politische und gesellschaftliche Bezugsrahmen. Implizit setzen selbst jene Ansätze, die sich von der Ebene der Staatlichkeit zu lösen versuchen, begrifflich wie forschungspraktisch deren Relevanz voraus. Wer nach transnationalen Beziehungen oder Prozessen fragt, erkennt eben auch das Nationale als wirkmächtig an. Insofern behält die DDR gerade in ihrer staatlichen Dimension ihre Bedeutung als Untersuchungsobjekt. Die Aufgabe lautet daher nicht, einen einheitlichen neuen Forschungstrend zu zementieren, sondern möglichst verschiedene Zugangsweisen zu testen, die

¹⁸ So Jarausch, Zukunft, in: Hüttmann/Mählert/Pasternack (Hrsg.), *DDR-Geschichte vermitteln*, S. 87.

¹⁹ Ludolf Herbst, *Komplexität und Chaos. Grundzüge einer Theorie der Geschichte*, München 2004, S. 16.

²⁰ So behauptet Konrad Jarausch etwa, daß nur „die ersten Nachkriegsjahre noch als eine Art auslaufender Nationalgeschichte beschrieben werden“ können, danach müsse die „nationale Dimension [...] neu problematisiert werden“. Ders., „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen* 1 (2004), S. 10–30, hier S. 22 f.

dem Gegenstand DDR angemessen sind. Zeitgeschichte bewegt sich immer in einem vielschichtigen „dynamischen Mehrebenensystem“ zwischen „Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung“, sie entzieht sich einseitigen Festlegungen und erfordert „ein wachsendes Bewußtsein für verschiedene Ebenen historischer Prozesse“²¹. Dies gilt für die DDR als eigenes Forschungsfeld, als deutsche Teilgesellschaft und deutscher Teilstaat, als Bestandteil (Ost-)Europas, als Haus im „Global Village“ und – dazu quer liegend – als Teil deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert.

Die DDR als eigenständiges Forschungsfeld

Die genuine Beschäftigung mit der DDR ist auch deshalb in Zukunft so wichtig, weil es hier nicht nur um neue Erkenntnisse geht, sondern immer wieder auch um die Neubewertung von Interpretationen und Fakten, die wir allzu gut zu kennen glauben. Ungeachtet der großen Fortschritte seit 1990 gilt es, einige seitdem gewonnene Ergebnisse einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. So erlebte etwa Walter Ulbricht vor einigen Jahren eine fragwürdige Renaissance als Reformator, dessen Ziel eines modernisierten Sozialismus in den sechziger Jahren durch seinen Nachfolger Erich Honecker sabotiert worden sei²². Dieses Bild, das Ulbrichts Rolle bei der Etablierung der SED-Herrschaft weitgehend ausblendet, beruht auf einer stark vereinfachenden Interpretation des politischen und wirtschaftlichen Systems sowie der Handlungsspielräume des Ersten Sekretärs des ZK der SED. Auch die immer noch weit verbreiteten Vorstellungen einer monolithischen Hegemonialpartei²³ sowie einer Planwirtschaft, die starke Kontinuitäten zur NS-Kriegswirtschaft aufgewiesen habe²⁴, bedürfen einer kritischen Revision.

Zugleich sind wichtige Themengebiete noch immer weitgehend unerforscht. Insbesondere sind unsere Kenntnisse über die Strukturbedingungen politischen Handelns immer noch begrenzt. Wer die Funktionsmechanismen des politischen

²¹ Michael Gehler, *Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem. Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung*, Bochum 2001, S. 194.

²² Vgl. Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997.

²³ Vgl. Klaus Schroeder (unter Mitarbeit von Steffen Alisch), *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR*, München 1998.

²⁴ Vgl. Jürgen Schneider, *Von der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftsordnung zur sozialistischen Zentralplanung in der SBZ/DDR*, in: Ders./Wolfgang Harbrecht (Hrsg.), *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933–1993)*, Stuttgart 1996, S. 1–90. So auch Thomas Großbölting, *SED-Diktatur und Gesellschaft. Bürgertum, Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung in Magdeburg und Halle (Saale) 2001*, S. 255; Armin Owzar, *Sozialistische Bündnispolitik und gewerblich-industrieller Mittelstand. Thüringen 1945 bis 1953*, München/Jena 2001, S. 56. Vgl. dagegen zur Kennzeichnung des NS-Wirtschaftssystems als „gelenkte Marktwirtschaft“ Christoph Buchheim/Jonas Scherner, *Anmerkungen zum Wirtschaftssystem des „Dritten Reichs“*, in: Werner Abelschäuer/Jean-Otmar Hesse/Werner Plumpe (Hrsg.), *Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Festschrift für Dietmar Petzina zum 65. Geburtstag*, Essen 2003, S. 81–97, hier S. 97.

Systems der DDR und ihre Veränderungen erforschen will, muß nicht nur formelle Organisationsstrukturen, sondern auch das informelle Netzwerk-Handeln diverser Funktionärgruppen analysieren. Neuere Forschungen zu unterschiedlichen Politikfeldern haben gezeigt, daß hinter der Fassade des scheinbar monolithischen Herrschaftssystems zahlreiche Interessengegensätze und Bündiskonstellationen bestanden. Politische Entscheidungen waren vielfach nicht Ergebnis gemeinsamen, zielgerichteten, programmatischen Handelns, sondern waren wesentlich durch Gruppenkonflikte bestimmt. Um Netzwerkstrukturen im Parteiapparat der SED oder im DDR-Regierungsapparat historisch faßbar zu machen, bietet beispielsweise ein gruppenbiographischer Zugang gute Voraussetzungen. Auch zur Bestimmung des Verhältnisses von Individuum und „Kollektiv“ vermag die neuere Biographieforschung wichtiges beizutragen: Hier geht es darum, struktur- und biographiegeschichtliche Ansätze produktiv miteinander zu verbinden und dabei auch kulturgeschichtliche Fragestellungen zu berücksichtigen. Für die Untersuchung der DDR als unzweifelhaft politisch dominiertes Gesellschaftssystem ist somit ein moderner, avancierter politikgeschichtlicher Zugriff, auf den noch näher einzugehen sein wird, von hoher Bedeutung.

Darüber hinaus ist das komplizierte Wechselverhältnis von diktatorischem Herrschaftsanspruch und den darauf bezogenen gesellschaftlichen Reaktionsmustern erst für einige Bereiche ausgelotet²⁵. Ziel einer Sozialgeschichte von Herrschaft muß es sein, die Eigendynamik gesellschaftlichen Handelns jenseits von Anpassung und Widerstand zu analysieren²⁶, ohne daß dabei der Stellenwert von Gewalt und Repression aus dem Blickfeld gerät²⁷. Zum Komplex Resistenz–Opposition–Widerstand ist in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Publikationen erschienen, ohne daß sich auf diesem Feld ein tragfähiges und differenziertes Konzept herauskristallisiert hätte²⁸, das vergleichbar wäre mit den Ansätzen der regionalgeschichtlich ausgerichteten Forschungsprojekte zur NS-Zeit (z.B. Bayern-Projekt²⁹, Saarland³⁰, Westfalen³¹). Außerdem besitzen sozialgeschichtliche Untersuchungen zu

²⁵ Vgl. dazu beispielsweise Arnd Bauerkämper, *Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963*, Köln u.a. 2002; Michael Schwartz, *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, München 2004; Peter Skyba, *Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961*, Köln u.a. 2000.

²⁶ Vgl. Thomas Lindenberger (Hrsg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln u.a. 1999; ders., *Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968*, Köln u.a. 2003.

²⁷ Vgl. Hermann Wentker, *Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen*, München 2001; Jens Gieseke, *Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90*, Berlin 2000.

²⁸ Jüngster Versuch: Eisenfeld/Kowalczyk/Neubert, *Verdrängte Revolution*.

²⁹ Vgl. Martin Broszat u.a. (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, 6 Bde., München/Wien 1977–1983.

³⁰ Vgl. Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, *Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945*, 3 Bde., Bonn 1989–1995.

³¹ Vgl. Rudolf Schlögl/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), *Zwischen Loyalität und Resistenz. Soziale Konflikte und politische Repression während der NS-Herrschaft in Westfalen*, Münster 1996.

einzelnen Bevölkerungsschichten oder Berufsgruppen immer noch Seltenheitswert. Hier hat sich der Kenntnisstand bis auf wenige zum Teil verdienstvolle Ausnahmen³² nicht übermäßig vergrößert. Differenzierte Untersuchungen zur Entwicklung der ostdeutschen Arbeiterschaft³³, der Staatsangestellten oder der Nomenklatur in Staat und Partei müßten weiter vorangetrieben werden. Völlig unterbelichtet sind der Gender-Aspekt sowie mentalitäts- und erfahrungsgeschichtliche Ansätze, obwohl sie ihren heuristischen Wert für die historische DDR-Frauenforschung bereits unter Beweis gestellt haben³⁴.

Seit einiger Zeit wird gefordert, nicht so sehr die Krisenhaftigkeit, sondern vor allem die „relative Stabilität“ und das „lange Überleben“ der DDR zu erklären³⁵. Auf der Suche nach systemstabilisierenden Momenten *innerhalb* der ostdeutschen Gesellschaft wird freilich zum einen oft übersehen, daß die DDR ohne den Kalten Krieg undenkbar war: Erst die Konfrontation der Blöcke führte zur Bereitschaft der Sowjetunion, die Existenz des ostdeutschen Staates zu garantieren, sowie zur Abschließung der DDR vom Westen durch eine seit 1961 fast unüberwindbare Grenze. Zum anderen wurde die DDR von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende von einem sich ständig verfeinernden Repressionsapparat am Leben erhalten³⁶. Die Bereitschaft zu dessen Einsatz schwankte indes im Verlauf der Geschichte, und andere Mittel zur Stabilisierung der Machtstrukturen gewannen zeitweise die Oberhand. Daher muß beispielsweise die Erforschung der DDR-Sozialpolitik³⁷ intensiviert werden. Die tiefgreifende gesellschaftsverändernde Prägekraft der Sozialpolitik gegenüber sozialen Strukturen und kulturellen Werthaltungen sowie deren langfristige Nachwirkungen widersprechen der allzu schablonenhaften Einschät-

³² Vgl. Gunilla-Friederike Budde, *Frauen der Intelligenz. Akademikerinnen in der DDR 1945 bis 1975*, Göttingen 2003; Ralph Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära*, Göttingen 1999; Anna-Sabine Ernst, „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster u. a. 1997.

³³ Vgl. Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Arbeiter in der SBZ/DDR*, Essen 1999, Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, Köln u. a. 2005.

³⁴ Vgl. etwa Heike Trappe, *Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik*, Berlin 1995; Dorothee Wierling, *Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR und seine historischen Erfahrungen*, Berlin 2002; Budde, *Frauen der Intelligenz*; Michael Schwartz, *Emanzipation zur sozialen Nützlichkeit. Bedingungen und Grenzen von Frauenpolitik in der DDR*, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.), *Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft 1945/49–1989*, München 2005, S. 47–87.

³⁵ Vgl. u. a. Mary Fulbrook, *Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR 1949–1989*, Oxford 1995.

³⁶ Vgl. u. a. Jens Gieseke, *Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990*, Stuttgart 2001; Falco Werkentin, *Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht*, Berlin 1995.

³⁷ Vgl. Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland nach 1945*, Bd. 8: *Deutsche Demokratische Republik 1949–1961: Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus*, Baden-Baden 2004. Zur Honecker-Ära Peter Skyba, *Die Sozialpolitik der Ära Honecker aus institutionentheoretischer Perspektive*, in: Christoph Boyer/Peter Skyba, *Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der CSSR*, Dresden 1999, S. 49–62; Hoffmann/Schwartz (Hrsg.), *Sozialstaatlichkeit in der DDR*.

zung von der DDR als „gescheitertem Sozialstaat“. Kaum untersucht ist ferner das Wechselverhältnis von Wirtschafts-, Sozial- und Konsumpolitik in der Planwirtschaft. Desiderata bestehen auch in den Bereichen Wirtschafts- und Konsumgeschichte³⁸ der DDR. Über die Entwicklung der Zentralverwaltungswirtschaft³⁹ im „real existierenden Sozialismus“ der Ära Honecker sowie einzelner Wirtschaftsbranchen und -zweige sind wir bisher nur zum Teil informiert⁴⁰. Überhaupt fehlt eine umfassend angelegte Wirtschaftsgeschichte der DDR, die nicht nur auf die makroökonomische Ebene und die zentralgeleitete Industrie fokussiert ist⁴¹. Sektorale Überblicksdarstellungen liegen erst vereinzelt vor⁴², harren aber noch der Einbettung in eine differenzierte Gesamtdarstellung. Die Liste dieser grundlegenden Forschungsdesiderate, die sich noch erweitern ließe, verdeutlicht, daß spezifische Forschungen zur DDR-Geschichte auch weiterhin notwendig sind. Dabei geht es nicht primär darum, auch noch die letzten „weißen Flecken“ auf der Landkarte zu kolorieren, sondern um die Schaffung unerläßlicher Voraussetzungen, um DDR-Forschung anschlußfähig für größere Zusammenhänge in der Zeitgeschichte zu machen.

Die DDR im Kontext der deutschen Geschichte

Die DDR ist in erster Linie Teil der deutschen Geschichte. Gerade angesichts der insistierenden Vorschläge, sie vor allem von der europäischen Warte aus zu betrachten, muß dieser Sachverhalt unterstrichen werden. Diese Perspektive bietet Erkenntnischancen sowohl für den Gegenstand selbst als auch für die deutsche Geschichte seit dem Kaiserreich. Hier verschränkt sich die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur zur Signatur des 20. Jahrhunderts.

Dabei geht es nicht um eine neue, auf 1989 zulaufende Meistererzählung, in der beide deutsche Nachkriegsgeschichten aufgehoben sind, sondern um eine Historisierung der DDR. Ansatzweise ist dies bereits geschehen. Neben Gesamtdarstellungen der doppelstaatlichen Geschichte nach 1945⁴³ wurde vor allem ver-

³⁸ Vgl. neuerdings Philipp Heldmann, *Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks. Konsumpolitik in der DDR der Sechzigerjahre*, Göttingen 2004; Judd Stitzel, *Clothing, Politics and Consumer Culture in East Germany*, Oxford 2005.

³⁹ Vgl. zu den fünfziger Jahren Dierk Hoffmann, *Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräfte lenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963*, München 2002, zu den sechziger Jahren André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül*, Berlin 1999.

⁴⁰ Vgl. Lothar Baar/Dietmar Petzina, *Deutsch-Deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990. Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel. Ein Vergleich*, St. Katharinen 1999.

⁴¹ Auf diese Bereiche konzentriert sich André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004.

⁴² Vgl. Günther Heydemann, *Die Innenpolitik der DDR*, München 2003; Dierk Hoffmann, *Die DDR unter Ulbricht. Gewaltsame Neuordnung und gescheiterte Modernisierung*, Zürich 2003; Joachim Scholtyseck, *Die Außenpolitik der DDR*, München 2003; Arnd Bauerkämper, *Sozialgeschichte der DDR*, München 2005; Steiner, *Von Plan zu Plan*.

⁴³ Vgl. beispielsweise Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1982; ders., *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*,

sucht, ausgewählte Felder und Prozesse in DDR und Bundesrepublik vergleichend zu analysieren und dabei die gemeinsame „Vorgeschichte“ seit 1918 zu berücksichtigen⁴⁴. Allerdings ist das Potenzial einer analytischen Kontextualisierung der DDR bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Zwei Zugänge scheinen besonders vielversprechend zu sein: zum einen die Einbettung der DDR in Längsschnittanalysen, zum anderen ihre Verortung in einer Abgrenzungs-, Beziehungs- und Kontrastgeschichte mit der Bundesrepublik. Damit rücken stärker als bisher wesentliche Determinanten ins Blickfeld, deren spannungsreiches Mischungsverhältnis die Entwicklung der SED-Diktatur prägte: etwa das sowjetische Modell, Perzeptionen und Traditionen der kommunistischen Arbeiterbewegung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, ältere strukturelle und gesellschaftliche Traditionsüberhänge oder die prekäre Wirkung des westlichen Konkurrenz- und Referenzstaates⁴⁵.

Längsschnittuntersuchungen liegen quer zu der neuerdings vorgeschlagenen, nicht unproblematischen Segmentierung der Forschungen zum 20. Jahrhundert in „ältere“ Zeitgeschichte vor 1945, „neuere“ Zeitgeschichte 1945–1989 und „neueste“ Zeitgeschichte nach 1989⁴⁶. Sie hinterfragen die Tiefenwirkung solcher Zäsuren und beugen dem Risiko vor, Kontinuitätsstränge zu unterschätzen. Zugleich bietet sich ein weiterer Vorteil: Genetisch angelegte Darstellungen sind zumindest implizit stets auch vergleichende Analysen von NS- und SED-Diktatur. Sie erlauben es, „analoge Fragestellungen auf einen Teilaspekt der deutschen Diktaturen anzuwenden“ und „diese Phänomene in ihrer historischen Bedingtheit und Dynamik zu fassen“⁴⁷. Nachdem sich das Potenzial systematischer, an Totalitarismustheoremen orientierter Vergleiche als begrenzt herausgestellt hat, erscheint dieser Zugriff mit komparativen Elementen fruchtbarer. Es ist übrigens überhaupt nicht zwingend, sondern in vielen Fällen eher erkenntnisbegrenzend, derartige Längsschnitte auf den Nationalsozialismus und die DDR zu beschränken. Gerade die Einbeziehung der Weimarer Republik erweitert den Fragehorizont, und nicht nur um den Aspekt, welche Phänomene diktaturtypisch oder systemübergreifend sind. Forschungspraktische Gesichtspunkte legen es vielmehr nahe, derartige Studien mit sehr langem Untersuchungszeitraum thematisch zu konzentrieren auf „einzelne Segmente von Politik, Wirtschaft

Göttingen 1988; Gerhard A. Ritter, *Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*, München 1998; Peter Graf Kielmannsegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000.

⁴⁴ Vgl. Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29–30/1993, S. 3–19.

⁴⁵ Vgl. Gerhard A. Ritter, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: *VfZ* 50 (2002), S. 171–200, insbesondere S. 171 f.; Detlef Schmiechen-Ackermann, *Diktaturen im Vergleich*, Darmstadt 2002, S. 150.

⁴⁶ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die neueste Zeitgeschichte. Muß der Begriff Zeitgeschichte neu definiert werden?, in: *VfZ* 51 (2003), S. 5–28, insbesondere S. 25, und Editorial der Herausgeber und der Redaktion in: *Zeithistorische Forschungen* 1 (2004), S. 4–6.

⁴⁷ Thomas Schaarschmidt, *Regionalkultur und Diktatur. Sächsische Heimatbewegung und Heimat-Propaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR*, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 22.

und Gesellschaft oder das spezifische Verhalten von Institutionen, sozialen Schichten und Berufsgruppen in ihrer jeweiligen Lebens- und Alltagswelt“⁴⁸. Der Betrieb⁴⁹, die Region⁵⁰, die Kommune, die Schicht und das Milieu⁵¹ sind beispielsweise geeignete, aber bisher nur wenig beleuchtete Felder, auf denen der Doppelfrage nach Kontinuität und Wandel sowie nach Überformung durch zwei Diktaturen nachgegangen werden kann. Eine Untersuchung etwa der Wohnungsbewirtschaftung und des Wohnungsbaus kleinerer Kommunen von den frühen zwanziger Jahren bis in die späte DDR demonstriert weit mehr als der Blick auf die Zentralebene, wie stark die Wohnungspolitik der SED begrifflich und instrumentell in Weimar wurzelte. Und sie fördert vordergründig Paradoxes zu Tage: Bei Fortbestehen oft drückender Wohnungsnot wurden die kommunalen Institutionen der Zwangswirtschaft vielfach als Elemente der Kontinuität zwischen Weimar und SBZ/DDR interpretiert, die in der individuellen Wahrnehmung die politische Zäsur des Jahres 1945 relativierten. Gleichzeitig verschaffte die Wohnungspolitik dem neuen Regime einen Startbonus, weil sie aus Sicht relativ unterprivilegierter Teile der Stadtbevölkerung versprach, gesellschaftliche Schichtungen zu ihren Gunsten einzuebnen. Denn der sich nach 1945 auf alle Bereiche des Wohnungsbestandes erstreckende Verfügungs- und Kontrollanspruch verhielt, Trennlinien, die zwischen Mietern und Hausbesitzern verlaufen waren und die sich über weite Strecken mit politischen Konfliktlinien der Weimarer Republik deckten, zu entschärfen⁵².

Auch die Frage nach dem Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft läßt sich im Längsschnitt gewinnbringend diskutieren. Die Feststellung, daß sich die Pfade der Bundesrepublik und der DDR insofern wesentlich unterschieden, als im Westen der Nationalsozialismus die zwölfjährige Unterbrechung einer Demokratiegeschichte markierte, während er im Osten den Auftakt einer fast 60 Jahre währenden diktatorischen Entwicklung bedeutete, klingt zunächst banal. Was aber bedeutete dies im Verlauf des 20. Jahrhunderts für das Verhältnis von Gesellschaft und Staatsmacht oder für das Verhältnis von Individuum und Verwaltung? Scheint die Frage hinsichtlich der Organisationsmöglichkeiten und der politischen Partizipationschancen noch einfach zu beantworten, so tut sich dann ein produktives Untersuchungsfeld auf, wenn man sich von der Denkfigur der einfachen, politisch-diktatorischen Steuerbarkeit sozialer Prozesse löst und stärker das Fortbestehen vielfälti-

⁴⁸ Günther Heydemann/Detlef Schmiechen-Ackermann, Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn 2003, S. 9–54, hier S. 34.

⁴⁹ Vgl. z.B. Oliver Werner, Ein Betrieb in zwei Diktaturen. Von der Bleichert Transportanlagen GmbH zum VEB VTA Leipzig 1932 bis 1963, Stuttgart 2004.

⁵⁰ Vgl. z.B. Schaarschmidt, Regionalkultur.

⁵¹ Vgl. z.B. Helge Matthiesen, Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900–1990, Düsseldorf 2000.

⁵² Im Rahmen des mehrteiligen DFG-Projekts Mecklenburg-Vorpommern im 20. Jahrhundert untersucht Peter Skyba in der Berliner Abteilung des Instituts für Zeitgeschichte am Beispiel Stralsund das Wechselverhältnis von Politik und Gesellschaft im Stadtraum. Die beiden anderen Teilprojekte untersuchen dieses Wechselverhältnis an Hand der Küstenfischerei an der Ostseeküste bzw. der Lehrerschaft zweier höherer Schulen in Schwerin und Rostock.

ger gesellschaftlicher Interessengegensätze und deren Einwirkung auf das Verhältnis von Gesellschaft und Politik in Augenschein nimmt. Aufs Ganze gesehen finden wir eine stetige und in der DDR eutrophe Zunahme obrigkeitstaatlicher Regulierungsansprüche gegenüber sozialen Prozessen und die Zurückdrängung gesellschaftlicher Selbstorganisation. Wenn auch in unterschiedlichem Maß, so versuchten doch beide Diktaturen im Unterschied zur Weimarer Republik, „mittels ‚sozialer Sicherheit‘ politische Partizipationsansprüche stillzustellen“⁵³. Gerade auf der mittleren Ebene, der Schnittstelle zwischen System und Gesellschaft, auf der die Bürokratien der Diktatur mit Gesellschaft und mit sozialen Problemen konfrontiert wurden, zeigt sich ein Konfliktfeld, auf dem diese Ansprüche nicht völlig ignoriert oder unterdrückt werden konnten, sondern als fundamentale Interessengegensätze auch politisch zu verarbeiten waren. So resultierten beispielsweise öffentliche Rücktrittsforderungen gegenüber der städtischen Obrigkeit nicht aus der Parole vom „Aufbau des Sozialismus“, sondern aus den Defiziten der Wohnungsversorgung.

Daß die Existenz der Bundesrepublik ein wichtiger Bedingungsfaktor der Entwicklung in der DDR war, ist eine zwar häufig wiederholte, in der Forschungspraxis aber wenig berücksichtigte Aussage. In jüngster Zeit stellt sich die Historiographie verstärkt der Frage, unter welchen Koordinaten die deutsche Nachkriegsgeschichte im Spannungsfeld von teilstaatlicher Abgrenzung und deutscher Einheit zu vermessen sein könnte. Aufbauend auf älteren Ansätzen werden vergleichende Untersuchungen von Bundesrepublik und DDR sowie die Analyse von innerdeutschen Transfers und der wechselseitigen Perzeptionen vorgeschlagen⁵⁴. „Syntheskerne“ vor allem komparativer Zugriffe können säkulare Prozesse wie etwa die sozioökonomische Krise der Industriegesellschaften seit Mitte der sechziger Jahre sein, denen beide Gesellschaften unterlagen. Mit dem Theorem der „reflexiven Modernisierung“ (Ulrich Beck) lassen sich z.B. Phänomene wie Unterbeschäftigung oder Umweltproblematik vergleichend analysieren. Aber auch Paradigmen wie das der „Wissengesellschaft“ verdienen es, auf ihre Tragfähigkeit im deutsch-deutschen Zusammenhang geprüft zu werden⁵⁵.

Innovationspotential hat schließlich auch der Blick auf das vielschichtige Beziehungsgeflecht zwischen beiden deutschen Staaten. Die Anregung, Bundesrepublik und DDR in ihrem Verhältnis von „Verflechtung und Abgrenzung“ zu analysieren⁵⁶, wurde allerdings bisher selten aufgenommen. Vermutungen über die

⁵³ Hans Günter Hockerts, Einführung, in: Ders. (Hrsg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998, S. 7–25, hier S. 14.

⁵⁴ Vgl. Etienne François, *Conflits et Partages. Die Dialektik der geteilten Vergangenheit als historiographische Herausforderung*, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 325–336.

⁵⁵ Vgl. Hans Günter Hockerts, Einführung, in: Ders. (Hrsg.), *Koordinaten*, S. VII–XV; Margit Szöllösi-Janze, *Wissengesellschaft – ein neues Konzept zur Erschließung der deutsch-deutschen Zeitgeschichte*, in: Hockerts (Hrsg.), *Koordinaten*, S. 277–304, sowie Hermann Wentker, *Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1-2/2005, S. 10–17.

⁵⁶ Vgl. Christoph Kleßmann, *Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte*, in: *Ebenda*, B 29-30/1993, S. 30–41. Problem-

besondere Ausprägung des westdeutschen Sozialstaates unter dem Druck der DDR-Variante von sozialer Sicherheit fehlt daher ebenso die Evidenz wie der zwar nahe liegenden, aber eben noch nicht untermauerten These von den handlungsbeschränkenden Wirkungen des westdeutschen Konsummodells auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik der DDR. Beziehungsgeschichtliche Aspekte haben nur selten so deutlichen Niederschlag in den jeweiligen Akten gefunden wie etwa im Bereich des Sports⁵⁷. Bekannt ist die regelmäßige Nutzung westlicher Medien vom Politbüromitglied bis zum Arbeiter. Was aber bedeutete diese Präsenz des Westens für die SED-Diktatur, deren Informationspolitik sogar stillschweigend darauf baute, daß die Adressaten über viele Sachverhalte von RIAS und Tageschau informiert waren⁵⁸? Generell ist bei der Untersuchung DDR-spezifischer Themen westlichen Einflüssen größere Beachtung zu schenken. Zugleich aber lohnt es sich, darüber nachzudenken, welche Aspekte der Parallel-, Kontrast- und Verflechtungsgeschichte beider Staaten jenseits konkreter Kontakte, Verhandlungen und Beziehungen als Gegenstand eigener Untersuchungen geeignet sind.

Einen Zugang eröffnet die Analyse der wechselseitigen Wahrnehmung oder auch Nichtwahrnehmung von politischen Entscheidungen, Programmen und Ideen sowie von verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Prozessen in den jeweiligen Teilstaaten. Keineswegs ausgelotet ist etwa die Fixierung der obersten Etagen der DDR-Wirtschaftsverwaltung auf die ökonomische und soziale Entwicklung in der Bundesrepublik und deren Folgen – übrigens ein Phänomen, das im Westen keine gleichrangige Entsprechung hatte. Es geht nicht darum, die deutschen Nachkriegsentwicklungen ausschließlich damit zu erklären, daß beide Staaten stets aufeinander bezogen gewesen seien. Vielmehr sind aus der deutsch-deutschen Sondersituation resultierende Faktoren zu identifizieren, die die jeweilige Entwicklung mit prägten. Da die deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte nicht in ihrer Gesamtheit in den Blick genommen werden kann, bietet sich ein differenziertes Vorgehen an, das zeitliche und sektorale Unterschiede berücksichtigt. So stellt sich etwa die Frage, inwieweit sich beide Staaten in ihren jeweiligen Bildungsreformen in den sechziger Jahren wechselseitig beeinflussen und die Bildungsexpansion in Ost und West auch Ergebnis dieses Prozesses war. Auffallend ist darüber hinaus die Parallele in der Diskussion über den Schwangerschaftsabbruch Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre, die in der DDR 1972 zur Einführung der Fristenregelung führte. Zu fragen wäre beispielsweise, welche Auswirkungen die Stellungnahmen und die Gesetzgebung der DDR in der Bundesrepublik besaßen, aber auch, inwieweit die Reformdiskussion in der Bundesrepublik den Gesetzgebungsprozeß in der DDR vorantrieb. Des weiteren wäre die

aufriß mit dem Versuch, beide deutsche Nachkriegsgeschichten zu integrieren, bei Jarausch, Teile als Ganzes, hier S. 15–21.

⁵⁷ Vgl. Jutta Braun, Klassenkampf nach Kalenderplan. Das Sportprotokoll vom 8. Mai 1974, in: DA 37 (2004), S. 405–414.

⁵⁸ Vgl. Gunter Holzweißig, Medien und Medienlenkung, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.), Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den achtziger Jahren: Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Bd. 1, Opladen 1996, S. 51–81.

Transformation der Jugendkultur seit den späten fünfziger Jahren ein lohnendes Thema: Erste Ergebnisse, denen zufolge westliche Trends sich trotz staatlicher Repressionsversuche auch in der DDR-Gesellschaft stark verbreiteten, liegen dazu bereits vor⁵⁹. Eine weitere Arbeit, die sich mit einer solchen, auf wechselseitigen Perzeptionen beruhenden Beziehungsgeschichte befaßt, behandelt die Verfolgung von NS-Tätern in beiden deutschen Staaten⁶⁰.

Die DDR in europäischer Perspektive

Daß „eine vergleichende europäische Geschichte“ zu „den wichtigsten Desideraten auch der Zeitgeschichte“ gehöre, wird mittlerweile ohne weitere Begründung oder Einschränkung verkündet⁶¹. Doch gerade Historiker, die einer nationalistischen Sinnstiftungs-Funktion von Geschichtsschreibung zu Recht ideologiekritisch gegenüberstehen, sollten die Gefahr entsprechender Funktionalisierung der modischen europäischen Perspektive nicht übersehen. Sie sollten sehr sorgfältig „mit der Treitschke-Versuchung umgehen“, die Integrationsprozesse der EU schlicht „durch die Konstruktion einer europäischen Meistererzählung“ ideologisch zu unterfüttern⁶². Allein mit einer „kritischen Europageschichte“, die deren „negative Aspekte“ „genauso ernst“ nehmen will „wie positive Seiten von Transaktionen und Integrationsprozessen“⁶³, entrinnt man einer problematischen Erfolgsgeschichte Europas jedenfalls nicht. Denn trotz aller vorangegangenen Barbarei-Kapitel gipfeln solche Erzählungen pünktlich zur Wende zum 21. Jahrhundert meist in einer Apotheose der „Wiederherstellung Europas“⁶⁴.

Methodisch mag es in mancher Hinsicht reizvoll sein, die DDR aus einer europäischen Perspektive zu betrachten. Jedoch sollte man sich hüten, solche „Europäisierung“ als neuen „Königsweg“ zu verkaufen. Um die Frage nach dem inhaltlichen Erkenntnisgewinn einer „Europäisierung der Zeitgeschichte“ nüchtern zu prüfen, dürfen jedenfalls „Verinselung“ und „Europäisierung“ nicht als Gegensätze konstruiert werden⁶⁵. Schließlich könnte „Europäisierung“, wenn sie zu weit getrieben wird, nur die *neueste* Form von „Verinselung“ sein. Verfechter einer „DDR-Zeitgeschichte in europäischer Absicht“ versuchen sich wortgewaltig an der Umdeutung ausgerechnet des über Jahrzehnte eingemauerten SED-Staates „zum

⁵⁹ Vgl. Uta Poiger, *Jazz, Rock and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany*, Berkeley 2000; Michael Rauhut, *Rock in der DDR*, Bonn 2002.

⁶⁰ Vgl. Annette Weinke, *Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg*, Paderborn 2002.

⁶¹ Jost Dülffer, *Europäische Zeitgeschichte – Narrative und historiographische Perspektiven*, in: *Zeithistorische Forschungen* 1 (2004), S. 51–71, hier S. 63.

⁶² Vgl. den zwischen Treitschke-Versuchung und -Kritik schwankenden Konrad H. Jarausch, *Zeitgeschichte zwischen Nation und Europa. Eine transnationale Herausforderung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39/2004, S. 3–10, hier S. 3 f.

⁶³ Ebenda, S. 8.

⁶⁴ Harold James, *Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914–2001*, München 2004, S. 407.

⁶⁵ Vgl. jedoch Lindenberger/Sabrow, *Verinselung*.

idealen Forschungsfeld einer vielfältigen *histoire croisée* internationaler Verflechtungen, Kooperationen und Konkurrenzen“. Sobald es aber konkret werden soll, präsentieren dieselben Enthusiasten überwiegend Beispiele, die sich allein auf den sowjetischen Ostblock oder ganz auf das deutsch-deutsche Binnenverhältnis beziehen. Daß sich „die DDR“ in diesem Zusammenhang „als Untersuchungsobjekt für transnationale Perspektiven geradezu auf[dränge]“, sollte daher nicht länger behauptet werden⁶⁶.

Eine strikt auf „Europa“ bezogene Einbettung der DDR-Forschung erscheint deshalb artifiziell, wenn nicht gar fragwürdig. Dies gilt für die verkürzende Deutung des sowjetischen „Ostblocks“ als spezifisch europäische „Ost-Integration“ (parallel zur westeuropäischen Integration)⁶⁷ ebenso wie für die Charakterisierung der massenhaften Vertreibungsvorgänge zwischen 1914 und 1950 als bloß „europäisches Ereignis“⁶⁸. Denn weder das kommunistische Herrschaftssystem noch die vielen „ethnischen Säuberungen“ des 20. Jahrhunderts waren auf Europa begrenzt, sondern sind nur als *globale* Erscheinungen zu verstehen und zu untersuchen⁶⁹.

Ist daher vor einer Überschätzung der „Europäisierbarkeit“ der DDR dringend zu warnen, sollte man freilich auch nicht in das andere Extrem verfallen. Das Grundproblem vieler neuerer Betrachtungen zur europäischen Zeitgeschichte besteht leider darin, nicht allein die DDR, sondern ganz Osteuropa nahezu auszublenden. Manche Gesamtdarstellung zur „Geschichte Europas“ scheint ihre kritische Feststellung, die Geschichte Ostmittel- und Osteuropas dringe „nur langsam“ in „das historische Gedächtnis des Westens“ ein, durch eigene Unterlassungssünden bestätigen zu wollen⁷⁰. Nach wie vor bleiben Skizzen zur politischen, aber auch zur kulturellen Integration Europas nach 1945 fast völlig auf Westeuropa fokussiert, während eine parallele, aber anders geartete Integration Osteuropas kaum thematisiert wird⁷¹. Nirgends wird geklärt, inwieweit sich Integrationsmuster in Osteuropa von denen im Westen unterscheiden, oder ob blockübergreifende gesamteuropäische Phänomene wirkten. Bis zu welchem Grade war zum Beispiel die im „Ostblock“ so breitenwirksame Erfahrung sozialer Nivellierung und gleichzeitiger sozialpolitischer Grundsicherung mehr als eine einzelstaatlich-„nationale“, nämlich eine „blockweite“ Kollektiverfahrung? Für welche Personengruppen erzeugten jene bilateralen Abkommen zur Sozialpolitik im Ost-

⁶⁶ Vgl. die kritisierte Position in: Ebenda, S. 126 f.

⁶⁷ Vgl. Dülffer, Europäische Zeitgeschichte.

⁶⁸ Vgl. Karl Schlögel, Tragödie der Vertreibungen. Über das Erfordernis, ein europäisches Ereignis neu zu erzählen, in: *Lettre International* Nr. 60, 1/03, S. 78–83. Norman M. Naimark, *Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert*, München 2004, S. 21, versucht sich „auf Europa zu beschränken“, obwohl seine Fallbeispiele – wie er selbst einräumt – nur dann strikt „der europäischen Geschichte“ zuzurechnen wären, wenn man Europa „einschließlich der Sowjetunion, des Osmanischen Reiches und der Türkei“ definieren wollte.

⁶⁹ Vgl. zur Globalität ethnischer „Säuberungen“ Michael Mann, *The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing*, Cambridge 2004; Andrew Bell-Fialkoff, *Ethnic Cleansing*, New York 1996.

⁷⁰ Wolfgang Schmale, *Geschichte Europas*, Wien u. a. 2001, S. 285.

⁷¹ Vgl. etwa ebenda, S. 225–228 u. S. 251 ff.; Gehler, *Zeitgeschichte*, S. 73–106.

block, die um 1960 entstanden, eine staatenübergreifende Lebenswirklichkeit? Jedenfalls reicht es nicht aus, „Europa“-Konzepte im osteuropäischen Blocksystem allein auf die Fortexistenz teils nostalgischer, teils antisowjetischer Denkt Traditionen hin zu untersuchen, denn auch die allen Blockstaaten gemeinsame und dennoch stets unterschiedlich ausgeprägte Tendenz zur „Sowjetisierung“ konnte großräumige „osteuropäische“ Erfahrungen hervorrufen.

Besonders die Analyse der transnationalen (freilich nicht auf Europa beschränkten) Kulturkontakte unter Intellektuellen und Künstlern⁷², wie sie sich über den ostblock-internen Kulturaustausch und die internationale Kulturpolitik sozialistischer Staaten⁷³ entwickelten, erscheint vielversprechend. Kulturpolitik war – neben den „harten“ militärischen und ökonomischen Faktoren – für die schwierige Integration des sowjetisch beherrschten „Ostblocks“ ein wichtiges Medium, das über symbolische Ereignisse (z.B. internationale Kultur- oder Sportveranstaltungen) transnationale Erfahrungsräume für bestimmte Personengruppen schuf. Weit davon entfernt, lediglich auf ökonomisches Integrationspotential zu setzen⁷⁴, nutzte auch die DDR diese Chance zur blockinternen Integration und Akzeptanzsteigerung durch Kultur frühzeitig und gezielt⁷⁵.

Im Bereich der Sozialpolitik im Ostblock sind nationale Pfadabhängigkeiten und unterschiedliche volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen zwar hemmende Faktoren für die Bildung eines einheitlichen Rechtsraumes gewesen. Und doch lassen sich schon für die fünfziger Jahre einzelne Beispiele für grenzüberschreitenden Wissenstransfer zwischen sozialpolitischen Experten aufzeigen. Solcher Wissenstransfer ergab sich aus transnationalen Gewerkschaftskontakten – etwa im Falle tschechoslowakischer Ratschläge an den FDGB zur Organisation eines Schwerbeschädigten-Verbandes in der DDR 1951; er resultierte aus organisierten Sozialpolitikvergleichen bei Besuchsreisen in „Bruderländer“ – wie im Falle der Orientierung des DDR-Ministeriums für Gesundheitswesen an sowjetischen Vorbildern für Finanzbeihilfen für Blinde 1959; und er war die notwendige Folge gewollter Strukturanpassungen – wie etwa im Sozialversicherungsrecht zur Erleichterung grenzüberschreitender Arbeitsmigration im Kontext der schon erwähnten bilateralen Sozialpolitik-Abkommen der DDR zwischen 1956 und 1960⁷⁶.

⁷² Vgl. Ernst Schumacher, *Lotosblüten und Turbinen. China zwischen gestern und morgen*, Düsseldorf 1958 bzw. Berlin [Ost] 1958; Renate Schumacher, *Japan, Liebe auf den zweiten Blick. Mit zwei Essays von Ernst Schumacher*, Berlin [Ost] 1989. Über den DDR-Theaterwissenschaftler Ernst Schumacher bereitet das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin eine Publikation vor.

⁷³ Vgl. Martina Wobst, *Die Kulturbeziehungen zwischen der DDR und der VR China 1949–1990. Kulturelle Diversität und politische Positionierung*, Münster 2004, S. 233 u. S. 236.

⁷⁴ So glauben Konrad H. Jarausch/Michael Geyer, *Shattered Past. Reconstructing German Histories*, Princeton/Oxford 2003, S. 185, irrtümlich, die Deutschen seien nach 1945 in Politik und Kultur derart diskreditiert gewesen, daß sie nur noch die ökonomische Karte für ihre internationale Re-Integration hätten spielen können.

⁷⁵ Vgl. zur frühen DDR-Kulturpolitik den Überblick bei Dierk Hoffmann/Michael Schwartz, *Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Handlungsfelder*, in: Dies. (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland nach 1945*, Bd. 8, S. 75–157, insbesondere S. 108–120.

⁷⁶ Vgl. Michael Schwartz, *Ausgleich von Kriegs- und Diktaturfolgen/Soziales Entschädigungsrecht: 1. Vertriebene, Evakuierte, Bombengeschädigte, Kriegsheimkehrer sowie Kriegsbeschä-*

Nicht nur in der Sozialpolitik war der Ostblock viel stärker durch Bilateralität als durch Supranationalität geprägt. Diese erst teilweise erforschten bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und anderen „Ostblock“-Staaten⁷⁷ gehören allenfalls in das Vorfeld der hier diskutierten europäischen Dimension. Anders verhält sich dies mit der Integration der DDR in spezifisch internationale (und potentiell supranationale) „Ostblock“-Organisationen wie den Warschauer Pakt oder den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW). Doch handelte es sich dabei wirklich um eine der westeuropäischen Integration vergleichbare „Ost-Integration“ (Dülffer)?

Im Unterschied zur westeuropäischen „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG), aus der die „Europäische Union“ (EU) hervorging, war der 1949 gegründete RGW „eher zufällig ein europäisches Projekt“, denn er zielte prinzipiell auf (sozialistische) Globalität, hatte daher auch außereuropäische Mitglieder und war folglich eine geographisch „beliebig erweiterbare Wirtschaftsorganisation“⁷⁸. Weitere Unterschiede zur EWG waren die Dominanz einer einzigen Hegemonialmacht sowie die begrenzte supranationale Integrationskraft des RGW⁷⁹. Diese Organisation als Beleg dafür zu nehmen, daß im „Ostblock“ gar „keine supranationale politische Integration angestrebt“⁸⁰ worden sei, wäre zu weitgehend. Zumindest aber wurde echte Supranationalität im RGW niemals erreicht. Zu klären bleibt, weshalb es trotz aller Verflechtungsansätze im Unterschied zu Westeuropa nicht gelang, die von nationalen Interessen diktierte Abschottung der Volkswirtschaften zu überwinden und eine vertiefte Wirtschaftsintegration zu erreichen. Über die Rolle der DDR im RGW liegen lediglich für den Zeitraum zwischen 1963 und 1976 umfassendere Ergebnisse vor, die darauf schließen lassen, daß die begrenzte Integrationsfähigkeit des RGW weniger auf unterschiedliche nationale Interessen als auf verschiedenartige Wirtschaftsstrukturen, Entwicklungskonzepte und Innovationsdefizite zurückging⁸¹. Auch wenn die wirt-

digte und Kriegshinterbliebene, in: Hoffmann/Schwartz (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland nach 1945, Bd. 8, S. 592–641, hier S. 599 u. S. 639, sowie Peter A. Köhler, Internationale Sozialpolitik, in: Ebenda, S. 775–797.

⁷⁷ Vgl. etwa Beate Ihme-Tuchel, Das „nördliche Dreieck“. Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962, Köln 1994; Basil Kerski u. a. (Hrsg.), Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990, Osnabrück 2003; Wolfgang Schwarz, Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der CSSR (1961–1968), München 2004.

⁷⁸ Vgl. Gregor Thum, „Europa“ im Ostblock. Weiße Flecken in der Geschichte der europäischen Integration, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), S. 379–395, hier S. 384; auch bei der EWG ist eine gewisse (postkolonialistisch bedingte und dadurch begrenzte) außereuropäische Maßstabserweiterung zu beachten.

⁷⁹ Vgl. Randall W. Stone, Satellites and Commissars. Strategy and conflict in the politics of Soviet-bloc trade, Princeton/NJ 1996.

⁸⁰ Vgl. Jürgen Osterhammel, Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich, Göttingen 2001, S. 333.

⁸¹ Vgl. Ralf Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien, Köln u. a. 2000, der vergleichende Länderstudien zum RGW anmahnt, um die DDR in einen größeren Rahmen einordnen zu können.

schaftliche Ost-Integration der DDR eine rasche Einschränkung traditioneller Wirtschaftsverbindungen zum Westen befördert zu haben scheint⁸², resultierte doch aus der grundsätzlich fortbestehenden Parallelität von RGW-Integration und gesamtdeutsch bedingtem Zugang zum EWG-Markt eine interessante Sondersituation für die DDR⁸³.

Größere Forschungslücken klaffen auch hinsichtlich der militärischen Zwangsintegration des „Ostblocks“ und damit auch der DDR im „Warschauer Pakt“ ab 1955⁸⁴. Bis heute gibt es kaum wissenschaftliche Monographien über die DDR und ihr Zusammenwirken mit den Koalitionspartnern im östlichen Militärbündnis⁸⁵. Daher erscheint die DDR zuweilen als Staat, dessen „Verteidigungsausgaben [...] auch innerhalb des Warschauer Paktes unerreicht“ gewesen seien und der „in einem Grade militarisiert war, der in Friedenszeiten in Europa kein ähnliches Beispiel kennt“⁸⁶. Daß eine derartige Pauschalthese die Realitäten im östlichen Bündnis völlig verkennt⁸⁷, könnte durch einen vergleichenden Blick auf andere Ostblockstaaten demonstriert werden. Nur durch intensive Kooperation zwischen Wissenschaftlern aus allen ehemaligen Bündnisländern wird zu klären sein, welche Handlungsspielräume die Einzelstaaten im Warschauer Pakt besaßen und inwiefern diese zum Aufbau wirklicher Koalitionsstrukturen genutzt wurden. Diese Spielräume fanden ihre Grenzen an der geringen Bereitschaft der Sowjetunion, Entscheidungskompetenzen abzugeben. Bilaterale Versuche der nicht-sowjetischen Bündnispartner, bestimmte Probleme vorab zu klären, wurden argwöhnisch beobachtet und wenn möglich unterbunden⁸⁸. Überraschender dürfte

⁸² Vgl. Christoph Buchheim, *Wirtschaftliche Folgen der Integration der DDR in den RGW*, in: Ders. (Hrsg.), *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR*, Baden-Baden 1995, S. 341–362; Ludolf Herbst, *Die DDR und die wirtschaftliche Integration des Ostblocks in den sechziger Jahren*, in: Ebenda, S. 363–382.

⁸³ Vgl. Jana Wüstenhagen, „Blick durch den Vorhang“. *Die SBZ/DDR und die Integration Westeuropas (1946–1972)*, Baden-Baden 2001, S. 328 u. S. 175–179.

⁸⁴ Vgl. Anatoli Gribkow, *Der Warschauer Pakt. Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses*, Berlin 1995; Armin Wagner, *Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte 1953–1971*, Berlin 2002.

⁸⁵ Schlüsseldokumente zur Geschichte des Paktes in: Vojtech Mastny/Malcolm Byrne (Hrsg.), *A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact, 1955–1991*, Budapest/New York 2005. Das Thema wird gestreift bei Otto Wenzel, *Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989*, Köln 1995, S. 190–200; Rüdiger Wenzke, *Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung*, Berlin 1995, S. 29–40.

⁸⁶ Ilko-Sascha Kowalczyk/Stefan Wolle, *Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR*, Berlin 2001, S. 114.

⁸⁷ Die DDR hatte 1961 mit 15 Rubeln die niedrigsten Pro-Kopf-Aufwendungen für Militärausgaben im Warschauer Pakt, während Polen 31, die UdSSR 44 und die CSSR 55 Rubel ausgaben; vgl. Auskunftsschreiben über das rüstungswirtschaftliche Potential des Warschauer Paktes, 21. 3. 1961, in: *Rossijskij gosudarstvennyj archiv ekonomiki* – Russisches Staatsarchiv für Wirtschaft (künftig: RGAE), 4372/79/792, Bl. 131.

⁸⁸ Vgl. Schreiben von Malinovskij und Greeko an das ZK der KPdSU, 14. 3. 1966, in: *Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii* – Russisches Staatsarchiv für Zeitgeschichte, 5/30/490, Bl. 85.

das tiefe Mißtrauen sein, das Teile der sowjetischen Führung selbst gegen partielle osteuropäische Integrationsbestrebungen im Verteidigungsbündnis hegten. So wideretzten sich der militärisch-industriell-akademische Komplex und die Führung des Verteidigungsministeriums der UdSSR erfolgreich einer angestrebten verbesserten wehrwirtschaftlichen Zusammenarbeit, um selbst gegenüber den Verbündeten „die strengste Geheimhaltung der Arbeiten zur Verteidigungsthematik sicherzustellen“⁸⁹.

Gleichwohl muß nach den unterschiedlichen Graden internationaler Kooperation bestimmter Funktionseliten gefragt werden – weniger im Bereich der Sozial- oder Wirtschaftspolitik, wo sich die nationalen Netzwerke über vier Jahrzehnte insgesamt eher durch Abschottung oder Konfrontation denn durch Kooperation auszeichneten, als im militärischen Sektor, wo kooperative und integrative Tendenzen offenbar ausgeprägter waren. Die Kooperation der Militäreiten im Warschauer Pakt könnte zu länderübergreifenden Netzwerkstrukturen geführt haben, mit entsprechenden Folgewirkungen für die parallele Militarisierung der sozialistischen Gesellschaften in Osteuropa. Alle genannten Forschungsfelder sind wichtig, bleiben jedoch stets auf bestimmte Segmente der DDR-Gesellschaft begrenzt und geben folglich nur geringen Anlaß für zu viel „Europäisierungs“-Euphorie.

Ein europäischer Forschungsansatz darf also keinesfalls den Blick dafür trüben, daß der institutionelle Daseinszweck des Warschauer Paktes weniger die osteuropäische Integration als die Sicherung der sowjetischen Hegemonie über Osteuropa gewesen ist. Bemühungen um eine stärkere Integration gab es durchaus, sie wurden aber nicht nur von Moskau unterbunden, sondern immer wieder, wie vor allem das Beispiel Rumänien zeigt, auch durch nationale Alleingänge unterlaufen. Daß jeder Mitgliedsstaat eifersüchtig über seine „nationalen“ Kompetenzen wachte, führte neben der sowjetischen Vorherrschaft (und ihrer Ablehnung) letztlich dazu, daß der Warschauer Vertrag als integratives Militärbündnis stets ein Torso blieb.

Eine über die Systemgrenzen des „Ostblocks“ hinausgreifende „Europapolitik“ des SED-Staates⁹⁰ wurde bislang kaum zusammenhängend untersucht. Dies findet seine Erklärung teilweise in der Tatsache, daß für die DDR der Stellenwert „Europas“ deutlich niedriger war als für die Bundesrepublik. Dennoch: Auch wenn „Europapolitik für die SED in erster Linie die Ausrichtung auf Ost- und Südosteuropa bedeutete“⁹¹, so erschöpfte sie sich doch nicht in dieser „Ostblock“-Fixierung. Eine darüber hinausgehende Europapolitik zielte nicht nur auf die propagandistische „Verteufelung der europäischen Integration“ (in Form der EWG) in Westdeutschland⁹², sondern – namentlich über das Werben für „kollektive Sicherheit“ – zunehmend auch auf andere nord- und westeuropäische Staa-

⁸⁹ Schreiben von Ustinov, Malinovskij, Chruničev, Sidorovič, Ivašutin und Zacharov an das ZK der KPdSU, 1. 10. 1960, in: RGAE, 4372/79/261, Bl. 125.

⁹⁰ Vgl. diesen schon in der zeitgenössischen DDR-Publizistik propagierten Terminus etwa bei Siegfried Bock, Für kollektive Sicherheit in Europa. Die Europa-Politik der DDR, Dresden 1968.

⁹¹ Wüstenhagen, „Blick durch den Vorhang“, S. 327.

⁹² Thum, „Europa“ im Ostblock, S. 391; vgl. auch Klaus-Peter Schmidt, Die Europäische Gemeinschaft aus der Sicht der DDR (1957–1989), Hamburg 1991.

ten. Die bemerkenswerteste Variante dieser Europapolitik war das Bemühen um die kultur- und sicherheitspolitisch begründete Einbeziehung der teils neutralen, teils zur NATO zählenden Staaten Skandinaviens in eine blockübergreifende „Ostsee“-Identität⁹³. Grundsätzlich jedoch blieb diese auf Gesamt-Europa bezogene „Europapolitik“ der DDR – im Gegensatz zur entsprechend bezeichneten Politik der Bundesrepublik – durch ihre primär propagandistische Zielsetzung beschränkt. So wurde auch das „Ostsee“-Experiment Mitte der siebziger Jahre weitgehend wieder abgebrochen, sobald sich der DDR andere, vermeintlich bessere Foren zur internationalen Selbstdarstellung boten.

Faktischer Höhepunkt der DDR-Europapolitik war die Beteiligung des SED-Staates an der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE), einem großangelegten Verhandlungsmarathon, der – bezeichnend für die Relativität des Bezugsraumes Europa – mit den USA, Kanada und der Sowjetunion deutlich darüber hinausreichende Mächte involvierte. Bedeutete für die SED-Führung die KSZE vor allem das Eintrittsbillett zur internationalen Gipfel-diplomatie, so ließen deren innenpolitische Rückwirkungen diese Konferenz in gesamteuropäischer Dimension brisant werden: Die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki über Meinungs- und Informationsfreiheit lösten in der DDR wie auch in anderen Ostblockstaaten regimekritische Debatten aus, die zugleich dem „Westen“ rechtlich legitimierte Möglichkeiten zur Einmischung boten⁹⁴. Transnationale Wechselwirkungen – etwa der Einfluß der tschechoslowakischen Dissidentenbewegung „Charta 77“ auf DDR-interne Entwicklungen – wären hier ebenfalls zu prüfen⁹⁵, wie denn überhaupt die Rückwirkungen der zunehmenden Interdependenz im internationalen System auf die DDR – namentlich in Form wachsender Rechtsbindung – längst nicht zufriedenstellend untersucht sind. Es ist eine offene Frage, inwiefern neben einer solchen Rechtsgrundlage auch ideengeschichtliche Europa-Konzepte (wie z.B. „Mitteleuropa“) ein Motiv oder Instrument der entstehenden Bürgerrechtsbewegung darstellten.

Die DDR und die außereuropäische Welt

Daß der Nutzen der Europa-Perspektive für die DDR-Forschung überschätzt wird, zeigt erst recht der unverzichtbare Blick auf jene *internationalen* Bezüge der DDR,

⁹³ Vgl. Michael F. Scholz, Die Ostsee muß ein Meer des Friedens sein. Die Rostocker Ostseewochen in der Außenpolitik der DDR (1958–1975), Greifswald, Diss. A 1990; Peter Lübke, Kulturelle Auslandsbeziehungen der DDR. Das Beispiel Finnland, Bonn 1981; Dörte Putensen, Im Konfliktfeld zwischen Ost und West. Finnland, der Kalte Krieg und die deutsche Frage (1947–1973), Berlin 2000.

⁹⁴ Vgl. Gerhard Wettig, Argumentationslinien der UdSSR und der DDR im Blick auf die Verwirklichung ihrer KSZE-Verpflichtungen, Köln 1977; Sylvia Rohde-Liebenau, Menschenrechte und internationaler Wandel. Der Einfluß des KSZE-Menschenrechtsregimes auf den Wandel des internationalen Systems in Europa, Baden-Baden 1996; Peter Schlotter, Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt a. M./New York 1998.

⁹⁵ Etwa die Entstehungsbedingungen des „Querfurter Papiers“ eines ökumenischen Arbeitskreises in der DDR. Vgl. Lothar Tautz, Die Bedeutung der kirchlichen Friedensbewegung für die Entwicklung von Dissidenz und Opposition in der DDR, in: DA 37 (2004), S. 801–809, hier S. 804.

die eine rein Europa-bezogene Betrachtung zwangsläufig völlig ausblendet: Gemeint sind die Bezüge der DDR zur außereuropäischen Welt, insbesondere zur „Dritten Welt“, aber auch ihre übereuropäischen internationalen Beziehungen, wobei vor allem die Handlungsebene der Vereinten Nationen (UNO) herausragt. Die UNO-Politik der DDR verfolgte zwischen 1949 und 1973 als einziges Ziel die internationale Anerkennung⁹⁶. Gerade darin zeigt sich die hilflose Heteronomie des SED-Staates gegenüber einflußreicheren Akteuren wie der Sowjetunion, aber auch der Bundesrepublik, denn erst die bilateralen Abmachungen zwischen Moskau und Bonn eröffneten den Weg zur gleichzeitigen Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO⁹⁷. Seit ihrer Gründung hatte die DDR die Vereinten Nationen als internationales Legitimationsforum zu instrumentalisieren versucht, wobei die „antifaschistische“ und friedensstiftende Ausrichtung des eigenen Staates herausgestellt wurde. Propagandistische Elemente dominierten auch nach der Aufnahme in die Vereinten Nationen die UNO-Politik der DDR⁹⁸ und deren Engagement in internationalen Nichtregierungs-Organisationen (NGO), etwa der Olympischen Bewegung oder dem Internationalen Roten Kreuz.

Die außereuropäische Politik der DDR konzentrierte sich zunächst auf die Staaten des kommunistischen Blocks, wobei man speziell mit der ebenfalls 1949 gegründeten Volksrepublik China eine „entente fraternelle“ etablierte. Doch wurde seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die sich entkolonialisierende „Dritte Welt“ – namentlich Indochina, der Nahe Osten und Afrika – von der DDR-Politik als breiteres Handlungsfeld entdeckt⁹⁹. Während der auch auf dem Felde der „DDR-Südpolitik“ geführte „Kampf gegen die Alleinvertretungsanmaßung“ der Bundesrepublik bis 1972 nahezu erfolglos blieb¹⁰⁰, boten sich dem SED-Staat in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in der südlichen Hemisphäre weit „günstigere Bedingungen und mehr Möglichkeiten für eine aktive Außenpolitik“ als irgendwo sonst¹⁰¹. Daraus resultierte ein sehr weitgehendes Engagement in der Dritten Welt. Gewiß wird die DDR „für eine neue Globalisierungsge-

⁹⁶ Vgl. Wilhelm Bruns, *Die UNO-Politik der DDR*, Stuttgart 1980.

⁹⁷ Vgl. Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 539.

⁹⁸ Vgl. Bruns, *UNO-Politik der DDR*.

⁹⁹ Claudie Gardet, *Les relations de la République populaire de China et de la République démocratique allemande (1949–1989)*, Bern 2000, S. 23; vgl. Harald Möller, *DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern. Ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran*, Berlin 2004, S. 15–17 u. S. 99–159; Wobst, *Kulturbbeziehungen*, S. 234 f.; Hans-Joachim Döring, „Es geht um unsere Existenz“. Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien, Berlin 1999; Haile Gabriel Dagne, *Das entwicklungspolitische Engagement der DDR in Äthiopien. Eine Studie auf der Basis äthiopischer Quellen*, Münster 2004.

¹⁰⁰ Hans-Joachim Spanger/Lothar Brock, *Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR – eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?*, Opladen 1987, S. 161–168 u. S. 175.

¹⁰¹ Benno-Eide Siebs, *Die Außenpolitik der DDR 1976–1989. Strategien und Grenzen*, Paderborn u. a. 1999, S. 190.

schichte“ dadurch nicht gleich ein „zentraler Bezugspunkt“¹⁰²; doch als wichtiger Akteur in der zweiten Reihe internationaler kommunistischer Militär- und Entwicklungspolitik muß sie in den letzten fünfzehn Jahren ihrer Existenz durchaus ernstgenommen werden. Zwar läßt sich der militärische Anteil der ostdeutschen Dritte-Welt-Politik im Verhältnis zu wirtschafts- und entwicklungspolitischen Anteilen noch nicht exakt bestimmen¹⁰³, doch darf die prinzipielle Ausrichtung am aggressiven Ziel der Ausbreitung des Sozialismus sowjetischen Typs ebenso wenig unterschätzt werden wie die hohe Relevanz des militär- und repressionspolitischen DDR-Wissenstransfers für zahlreiche verbündete diktatorische Regierungen oder „Befreiungsbewegungen“ in der Dritten Welt¹⁰⁴. Bei alledem erscheint das Verhältnis dieser „Süd-Politik“ zur sowjetischen Außenpolitik ambivalent: Ging es der DDR grundsätzlich darum, Moskau ihren hohen Nutzwert als weltpolitische Hilfskraft zu demonstrieren, so organisierte das SED-Regime gelegentlich durchaus eigenwillig – wie etwa in den fünfziger Jahren mit China gegen Chruschtschows Reformpolitik – auch eine blockinterne Fronde¹⁰⁵.

In der Außenpolitik zeigte sich der SED-Staat gerade in der Dritten Welt ganz und gar „nicht isolationistisch“¹⁰⁶. Beim Umgang mit „Fremden“ aus Dritte-Welt-Staaten innerhalb der DDR setzte er hingegen dezidiert auf Abgrenzung. „Völkerfreundschaft“ blieb zumindest für die große Mehrheit der Bevölkerung eine politische Parole ohne lebensweltliche Folgen¹⁰⁷. Freilich verdient hier die kirchliche Arbeit im Bereich von Jugendbegegnungen oder Gemeindepatenschaften größere Aufmerksamkeit¹⁰⁸, und ähnliches gilt für den kulturellen Sektor von der Wissenschaft bis zu Theater und Ballett, in dem zumindest ein Stück „Weltoffenheit“ anzutreffen war. Überhaupt ist das sich verändernde Spektrum der Bilder vom Fremden und namentlich von der „Dritten Welt“ in der DDR-Gesellschaft klärungsbedürftig: So wies die frühe DDR-Publizistik zu Afrika einen Unterton begeisterter „weißer“ Entdecker-Literatur auf, den man aus früheren Epochen

¹⁰² Jarausch, Zukunft, in: Hüttmann/Mählert/Pasternack (Hrsg.), DDR-Geschichte vermitteln, S. 92 f.

¹⁰³ Vgl. die divergierenden Einschätzungen bei Möller, DDR und Dritte Welt, S. 285, Spanger/Brock, Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt, S. 199, und Siebs, Außenpolitik der DDR, S. 289.

¹⁰⁴ Vgl. Mike Dennis, The Stasi. Myth and reality, Harlow/London 2003, S. 206; Siebs, Außenpolitik der DDR, S. 190; Möller, DDR und Dritte Welt, S. 322–325; Heinrich Engelhardt, Unterstützung befreundeter Staaten und progressiver nationaler Befreiungsbewegungen durch die NVA, in: Klaus Naumann (Hrsg.), NVA: Anspruch und Wirklichkeit. Nach ausgewählten Dokumenten, Hamburg u. a. 1996, S. 317–329; Hans-Georg Schleicher/Ulf Engel, DDR-Geheimdienst und Afrika-Politik, in: Außenpolitik. Zeitschrift für Internationale Fragen 47 (1996), S. 399–409.

¹⁰⁵ Vgl. Möller, DDR und Dritte Welt, S. 7–9, S. 298 f., S. 318 u. S. 322.

¹⁰⁶ Siebs, Außenpolitik der DDR, S. 199.

¹⁰⁷ Vgl. Jan C. Behrends u. a. (Hrsg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003.

¹⁰⁸ Vgl. Sylvia Wolff, „Völkerfreundschaft“. Ein Vergleich interkultureller Sozialisation in der Jugendarbeit der FDJ und der Kirchen in der SBZ/DDR 1945–1990, Neu Zittau 1997; Christfried Berger u. a., Lernerfahrungen in der einen Welt. Partnerschaften von Gemeinden in der DDR nach den Niederlanden, Polen und Mosambique, Rothenburg 2000.

kennt¹⁰⁹, bevor die offiziellen Afrika-Vorstellungen der DDR stärker politisiert wurden¹¹⁰. Die Wahrnehmungen des Fremden wurden zudem durch interkulturelle Begegnungen beeinflusst: Ausländer füllten in der DDR ganz unterschiedliche soziale Rollen als Asylanten, Studenten, Künstler oder Vertragsarbeiter. Umgekehrt entsandte die DDR „Auslandskader“ für Beratertätigkeiten oder „wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit“ in die „Dritte Welt“, über deren Erfahrungen man bis jetzt ebenso wenig weiß wie über jene der von der FDJ organisierten „Brigaden der Freundschaft“. Die daraus resultierende Vielschichtigkeit der Bilder von der „fremden Welt“ in Politik, Öffentlichkeit und Bevölkerung der DDR ist bisher kaum untersucht. Ihre Erforschung ist allerdings auch ohne „transnationales“ Überbau-Vokabular möglich.

Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Bezugsräume und daran anknüpfender Forschungsperspektiven läßt sich eine historische Einordnung der DDR, die über eine nationalgeschichtliche Verortung hinaus will, keineswegs auf die modische, aber ebenfalls zu enge Ebene der „Europäischen Geschichte“ beschränken. Letztlich wird jeder verabsolutierte „Königsweg“ zur Sackgasse. Geeigneter erscheinen methodische Theoreme, die einem modernen politik- oder kulturgeschichtlichen Ansatz mit internationaler Ausrichtung den Vorzug geben.

Fazit

Bei der Diskussion der unterschiedlichen Ansätze zur Erforschung der DDR-Geschichte ist die besondere Rolle des Politischen, also von Herrschafts- und Machtverhältnissen, deutlich geworden. Gleichgültig, ob die DDR in den Gesamtverlauf der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, in die deutsche Teilungsgeschichte nach 1945, in den (ost-)europäischen oder internationalen Zusammenhang eingeordnet wird – die zentralen Akteure finden sich im Herrschaftsapparat. Die gesellschaftlichen Subsysteme hingegen entwickelten nie die Autonomie, die ihr in pluralistisch-demokratischen Systemen zukommt. Dies beeinträchtigte auch transnationale Beziehungen im Sinne gesellschaftlicher Kontakte und interkulturellen Austauschs. Die hohe Relevanz des Politischen bedeutet aber nicht, daß DDR-Geschichte primär unter Zugrundelegung von Modellen linearer oder totalitärer Herrschaft erforscht werden sollte. Deren begrenzter Ertrag liegt klar vor Augen. Nicht nur in der „Gesellschaft“, sondern auch in den Apparaten herrschten weitaus komplexere Verhältnisse, als durch die Vorstellung von diktatorischer Herrschaft und einfacher Steuerung suggeriert wird. Die Forschungen der letzten Jahre haben gerade hier eine Vielzahl von Widersprüchen und Spannungsfeldern identifiziert.

¹⁰⁹ Vgl. Gerhard Lerch/Klaus Schlegel/Günter Hoth/Heinz Liebetanz, Schwarze Sterne – weiße Stadien. Mit DDR-Sportlern in Afrika und im Vorderen Orient, Berlin [Ost] 1961; Fritz Rudolph/Percy Stulz, Jambo, Afrika! DDR-Afrika-Expedition zwischen Kongo und Sansibar, Leipzig 1970.

¹¹⁰ Vgl. Jan-Peter Behrendt, Zwischen proletarischem Internationalismus und Sicherheitsdenken. Afrikabilder in den Lehrplänen und Schulbüchern der DDR, Hamburg 2004.

Hier weiterzuarbeiten ist eine Herausforderung, zugleich aber auch eine Chance für eine integrative Politikgeschichte. Die diktaturbedingte Dominanz des Politischen in der DDR erfordert einen avancierten politikgeschichtlichen Untersuchungsansatz in weitaus größerem Maße als die Analyse demokratischer Gesellschaften. Das Politische in der DDR beschränkte sich freilich nicht auf das Politbüro. Für eine integrative politikgeschichtliche Analyse der DDR muß daher das Set potentieller Akteure erweitert werden. Dabei ist vor allem an die bisher weitgehend unterbelichtete Rolle der Apparate und Verwaltungen im Verhältnis zur SED-Führung, aber auch an gegensätzliche Interessen gesellschaftlicher Gruppen oder an die Politik begrenzende Funktion von Traditionsbeständen zu denken. Des weiteren gilt es, das Methodenarsenal zu erweitern. Dabei kann es nicht darum gehen, Modelle und Methoden, die zur Analyse westlich differenzierter Gesellschaften entwickelt wurden, ohne weiteres auf die DDR anzuwenden. Es kommt vielmehr darauf an, Politikgeschichte und Diktaturanalyse mit Methoden der Sozial-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturgeschichte jeweils themenbezogen zu kombinieren.

Ein solcher integrativer politikgeschichtlicher Untersuchungsansatz erscheint nicht nur auf der (gesamstaatlichen) Makroebene, sondern vor allem auf der mittleren, also auf der regionalen Ebene besonders ertragversprechend. Denn in einer Region ist die Verschränkung von Herrschaft und Gesellschaft meist sehr viel besser zu greifen als aus dem Blickwinkel der Zentrale, die den Staat oder die Gesellschaft als ganzes zu steuern versucht. Hier kann am ehesten verdeutlicht werden, daß Herrschaft in der DDR zwar nicht auf Aushandlungsprozessen zwischen gleichen Akteuren, aber zumindest auf Interaktionen staatlicher und gesellschaftlicher Akteure basierte. Über diese „mittlere“ Untersuchungsebene ist die DDR-Forschung auch besonders anschußfähig an einige der dargestellten analytischen Ansätze. So können Längsschnittuntersuchungen, die über das Jahr 1945 hinausgehen, die Relevanz von politischen Zäsuren auch für die Lebenswelt der Menschen hinterfragen. Des weiteren sind derartige Forschungen geeignet, die Frage nach den Spezifika von ostdeutschen Entwicklungen in ihrem Verhältnis zur vorangegangenen gesamtdeutschen Geschichte zu beantworten. Schließlich ermöglicht diese Art von regionalgeschichtlicher Forschung auch interregionale Vergleiche, sei es auf deutsch-deutscher, sei es auf europäischer Ebene.

Auch zur Erhellung interner Strukturen politischer Herrschaft kann eine integrative Politikgeschichte Wesentliches beitragen. Diese setzt eine Abkehr von undifferenzierten Kollektivsingularen wie „die SED“ oder „die Sowjets“ voraus; hinter die Fassaden des scheinbar monolithischen Herrschaftssystems kann man nur blicken, wenn Zusammensetzung und Aktivitäten der Herrschaftsträger untersucht und interne Akteurskonstellationen sowie ihre Interaktionen aufgedeckt werden. Wer Funktionen und Dysfunktionen des politischen Systems und dessen Veränderungen erklären will, muß das informelle Netzwerk-Handeln unterschiedlicher Funktionärgruppen viel stärker als bisher berücksichtigen. Hier liegt auch die Bedeutung einer akteurszentrierten Erforschung von Politik, die sich sinnvoll mit den übergeordneten Perspektiven auf die DDR-Geschichte verknüpfen läßt. Denn die Einbindung der DDR in den Ostblock erfolgte nicht

nur über Organisationen und formalisierte Verfahren, sondern auch über die bislang wenig beachteten transnationalen Funktionsnetzwerke und Interessengruppen.

Die vorgeschlagene Einbindung der DDR-Vergangenheit in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts sowie ihre Einordnung in das „dynamische Mehrebenen-system“ europäischer, internationaler und globaler Zusammenhänge eröffnen wichtige Perspektiven auf die ostdeutsche Vergangenheit. Aber eine solche Einordnung kann nur dann gelingen, wenn man die DDR zuallererst selbst ernst nimmt – und sie folglich auch in Zukunft ernsthaft untersucht, statt sie ins „kognitive Nirwana“ zu entlassen.

K · G · Saur Verlag

THOMSON
TM

**Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD):
Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945–1949**

Ziele, Methoden, Ergebnisse. Dokumente aus russischen Archiven

Im Auftrag der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen herausgegeben von Horst Möller (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin), Alexandr O. Tschubarjan (Institut für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften Moskau). In Zusammenarbeit mit Wladimir P. Koslow (Föderale Archivagentur Russlands), Sergei W. Mironenko (Staatsarchiv der Russischen Föderation), Hartmut Weber (Bundesarchiv). Verantwortliche Bearbeiter: Jan Foitzik und Natalja P. Timofejewa
2005. 468 Seiten. Gebunden. 98,- / sFr 169,-. ISBN 3-598-11733-7
(*Texte und Materialien zur Zeitgeschichte. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte. Bd. 15*)

Die Edition stellt die Kultur-, Schul- und Wissenschaftspolitik der SMAD in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) vor. Anhand ausgewählter übersetzter Dokumente wird das Verhältnis zwischen der Besatzungsmacht und den Institutionen des entstehenden Staates der DDR deutlich.

Bitte fordern Sie unseren ausführlichen Prospekt an.

www.saur.de

K · G · Saur Verlag

A Part of The Thomson Corporation

Postfach 70 16 20 · 81316 München · Germany
Tel. +49 (0) 89 769 02-300 · Fax +49 (0) 89 769 02-150 / 250
e-mail: saur.info@thomson.com <http://www.saur.de>